

Mit schwarzen Listen gegen die Pressefreiheit

Chris Grodotzki im Interview zum Ausschluss von JournalistInnen beim G20-Gipfel in Hamburg

G20-Gipfel im Juli 2017 in Hamburg: 32 JournalistInnen werden von der Berichterstattung über das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs vor Ort ausgeschlossen, obwohl sie zuvor Akkreditierungen erhalten hatten. Entschieden wurde dies wohl im Bundespresseamt – auf welcher Datengrundlage wurde den Betroffenen nicht mitgeteilt. Später kam heraus, dass die Entscheidungen teilweise auf rechtswidrig gespeicherten Daten des Bundeskriminalamtes, auf Fehlern und Namensverwechslungen beruhten. Dies hat die Debatte über die Pressefreiheit, die informationelle Selbstbestimmung und die Speicherpraxis des Bundeskriminalamtes neu entfacht.

Unter den „Diskreditierten“, die wegen „Sicherheitsbedenken“ auf die „schwarze Liste“ gesetzt wurden, war auch der Fotojournalist Chris Grodotzki. Mit ihm sprach Ute Bertrand, Pressesprecherin von ROBIN WOOD.

? Du gehörtest zu der Gruppe von JournalistInnen, denen bei G20 die Akkreditierung entzogen wurde. Wie lief das vor Ort ab? Wurde dir eine Begründung oder Rechtsgrundlage dafür genannt?

! Das war am Samstag, und ich hatte bereits gehört, dass einigen Kollegen, darunter zwei befreundete Fotografen, die offizielle G20-Akkreditierung entzogen worden war. Mit einem von beiden hatte ich im Oktober 2014 eineinhalb unangenehme Tage im Gewahrsam der türkischen Antiterror-Polizei zugebracht. Meine Überraschung hielt sich also in Grenzen, als auch mir am Eingang zum Pressezentrum die Akkreditierung beschlagnahmt wurde.

Was mich überraschte, war allerdings, dass uns eben keine Rechtsgrundlage, nicht mal eine Begründung geliefert wurde.



Der Fotojournalist Chris Grodotzki, der heute u.a. für Spiegel Online arbeitet, hat jahrelang auch ROBIN WOOD-Aktionen mit der Kamera begleitet. Beim G20-Gipfel 2017 in Hamburg gehörte er zu den Journalisten, die willkürlich von der Berichterstattung vor Ort ausgeschlossen wurden.

Nichts! Nur der Verweis der Bereitschaftspolizisten vor dem Pressezentrum, dass dies auf Anweisung des Bundeskriminalamtes geschehe. Das verunsichert einen schon erst mal.

? Wer hatte das veranlasst?

! Das ist bisher alles noch nicht ganz klar. Ich habe ja auch bis heute keine offizielle Begründung der Maßnahme von den beteiligten Stellen, die sich die Verantwortung ständig gegenseitig zuschieben. Beschlossen wurde der Entzug wohl vom Bundespresseamt, das ja auch für den ganzen Akkreditierungsprozess verantwortlich war, und zwar auf Anraten des Bundeskriminalamtes.

? Was wurde dir inzwischen darüber mitgeteilt, welche Daten dazu geführt haben, dass du in diese Schublade gesteckt wurdest?

! Ich habe direkt nach dem Gipfel Anfragen an das Bundeskriminalamt und den Verfassungsschutz geschickt und Auskünfte zu den über mich gespeicherten Daten eingefordert. Der Verfassungsschutz gibt sich, wie so oft, bedeckt und wiegelt ab. Aber das BKA hat mir und den Kollegen mittlerweile relativ aufschlussreiche Auskünfte erteilt.

In meinem Fall ist dort beispielsweise eine ROBIN WOOD-Aktion im Frankfurter Flughafen aus dem Jahre 2008 verzeichnet, an der ich noch selbst als Kletterer beteiligt war. Wir protestierten damals gegen die Abholzung des Kelsterbacher Waldes für die Landebahn Nordwest.

Dann waren da noch zwei Aktionen zivilen Ungehorsams, die ich 2013 und 2014, als ich schon Journalist war, begleitet habe. Und schließlich, vier sehr dubiose Einträge aus Hannover. Diese Vermerke, die in der Rubrik „Delikt“ den sehr merkwürdigen Eintrag „Potentielle Relevanz“ anführen, lassen vermuten, dass ich dort während meines Studiums von 2012 bis 2014 in irgendeiner Form polizeilich überwacht wurde. Zudem hat das BKA 2014, während meiner Festnahme in der Türkei, in Eigenregie eine „Bewertung“ zu meiner Person gefertigt, die besagt, ich sei als „Linksextremist“ und „Umweltaktivist“ bekannt.

? Welche Folgen hat es, wenn Polizei und Verfassungsschutz auf Grundlage geheimer, nicht überprüfbarer Daten entscheiden, wer berichten darf und wer draußen bleiben muss?

! Damit hätten Polizei und Geheimdienste de facto alle Mittel zur Abschaffung der Pressefreiheit an der Hand. Sie könnten

nach Belieben politische Quasi-Berufsverbote erteilen, einfach nur aufgrund irgendwelcher alter, irrelevanter oder gar völlig falscher Daten. Wer an so einem Vorgehen Interesse hat und wo das wiederum im Extremfall hinführt, können wir momentan in der Türkei live mitverfolgen.

Ich finde der ganze Vorgang ist exemplarisch dafür, wie die Sicherheitsdienste – mit Unterstützung der Politik – das gesellschaftliche Klima nutzen, um ihre Macht auszubauen und wie ihnen dabei der Extremismus-Diskurs in die Hände spielt. Mit dem bürgerlichen Ideal des Rechtsstaats hat das alles nicht mehr viel zu tun.

Viel eher geht die Entwicklung gerade in Richtung eines Sicherheitsstaates, der unbequeme BürgerInnen – also solche, die diesem Staat und dieser Entwicklung kritisch gegenüberstehen – als „Linksextremisten“ kategorisiert und sanktioniert. Im Zweifel eben auf Grundlage von nicht überprüfbaren „Erkenntnissen“ aus „Sicherheitskreisen“ und ohne, dass dafür Straftatbestände erfüllt werden müssen.

Solche repressiven Maßnahmen darf man den Behörden einfach nicht durchgehen lassen, sonst ist die Liste beim nächsten Mal vielleicht doppelt so lang.

? Wie haben du und die weiteren KollegInnen sich gegen diese Kriminalisierung und Rufschädigung gewehrt?

! Wir haben gesammelt mit der Deutschen JournalistInnen-Union (dju in der Gewerkschaft ver.di) zuerst mal Klage eingereicht, um feststellen zu lassen, dass der Akkreditierungs-Entzug rechtswidrig war. Zudem haben wir Beschwerden bei den Datenschutzbeauftragten des Bundes und verschiedener Länder eingereicht, die nun untersuchen, ob die Datenspeicherungen und -weitergaben rechtens waren. Ich denke, da werden noch einige Rügen verteilt.

? Was können Leute tun, die dich und die anderen JournalistInnen in dieser Auseinandersetzung solidarisch unterstützen wollen? Und was muss auf der politischen Ebene passieren?

! Ich glaube, mir persönlich muss man gerade nicht helfen. Ich bin gewerkschaftlich organisiert und mit den anderen Betroffenen in Kontakt. Natürlich hilft es immer, Organisationen wie „Reporter ohne Grenzen“ zu unterstützen.

Viel wichtiger ist, den kritischen Diskurs in der Gesellschaft am Laufen zu halten. Dem Staat und der Polizei nicht alles durchgehen zu lassen. Vielleicht auch selber mal bei den verschiedenen Behörden nachzufragen, was sie für Daten über einen gespeichert haben. Das Netzwerk Recherche hat dazu einen tollen Auskunfts-Generator erstellt.

? Gab es inzwischen öffentliche Klarstellungen und Entschuldigungen von Seiten der Politik oder Polizei?

! Nein. Es gibt zwar eine kleine Gruppe von vier betroffenen Kollegen, bei denen sich das Bundespresseamt entschuldigt hat. Diese vier sind allerdings nur die Spitze des Eisbergs, bei



Foto: ROBIN WOOD

Frankfurter Flughafen, 2008: ROBIN WOOD-AktivistInnen protestierten gegen Abholzungen für die neue Landebahn. Die Daten der Kletterer speicherte das LKA Hessen und leitete sie dann anlässlich des G20 ans BKA weiter

denen – Stichwort: Namensverwechslung – selbst die Behörde auf Antrieb blamable Fehler eingestehen musste. Die restlichen Fälle, meinen eingeschlossen, werden wir wohl vor Gericht klären müssen.

? Was ändert sich für dich und deine Arbeit durch diese „Diskreditierung“?

! Der Akkreditierungs-Entzug verändert für mich erst mal wenig, da ich persönlich eher selten auf akkreditierungspflichtigen Veranstaltungen arbeite. Anderen KollegInnen bereitet das mehr Kopfzerbrechen. Trotzdem geht es hier auch für mich ums Prinzip, um das Prinzip der Pressefreiheit in Deutschland – und dafür sollten wir alle jederzeit eintreten. Zudem darf man ja nicht vergessen, auf welcher Grundlage diese Maßnahme getroffen wurde: Die Datenspeicherpraxis der Polizeibehörden ist nicht nur gruselig und vermutlich teilweise illegal, sondern gefährlich. Dagegen muss etwas unternommen werden.

? Hast du bei G20 oder bei anderen Anlässen erlebt, dass PolizistInnen direkt einschritten, um dich am Fotografieren zu hindern? Nimmt das nach deinem Eindruck eher zu oder nicht?

! Als Fotograf wie als Aktivist kommt man gerade im Bereich sozialer Bewegungen immer wieder mal mit der Staatsmacht in Konflikt. Aber ich habe schon das Gefühl, dass der polizeiliche Ton, insbesondere gegenüber linken Protesten, in den letzten Jahren massiv schärfer wurde. Das entspricht ja auch dem bereits angesprochenen Ausbau des Sicherheitsstaates und dem allgemeinen politischen Rechtsdrall. Und wenn die Stimmung dann aufgeheizt ist, bekommt man das auch als Pressevertreter schneller zu spüren.

*Auskunfts-Generator vom Netzwerk Recherche:
<http://netzwerkrecherche.github.io/fragdendienst/index.html>*